

In: Schmidinger, Thomas / Weidenholzer, Josef (Hrsg.): Virenregime. Wie die Coronakrise unsere Welt verändert. Befunde, Analyse, Anregungen. Wien (Oktober 2020), 257-268.

## Das Virus aus Wuhan und die gesellschafts- politischen Implikationen: die Volksrepublik China und ihre Nachbarn

Von Christian Schafferer

Als Politsoziologe und Demokratieforscher beschäftige ich mich seit über zwanzig Jahren mit der gesellschaftspolitischen Entwicklung Ost- und Südasiens. Der hier vorliegende Beitrag entstand im Zuge meiner Beobachtungen des allgemeinen Diskurses über die Pandemie. In meinem Beitrag geht es nicht um das Virus an sich, nicht um eine medizinische Erläuterung bzw. Beurteilung der gesetzten Maßnahmen, sondern um den allgemeinen Diskurs über die gesellschaftspolitischen Konsequenzen der Pandemie. Zeitungsartikel, Blogbeiträge prominenter Aktivisten sowie einzelne Kommentare in diversen sozialen Medien habe ich als Quelle für meine Analyse herangezogen und durch meine persönlichen Eindrücke vor Ort (d.h. in Taiwan) ergänzt. Mein Beitrag beschränkt sich im Wesentlichen auf den gesellschaftlichen Diskurs in den sozialen Medien der Volksrepublik China, Taiwans, Südkoreas und der chinesischen Diaspora. Die meisten der hier analysierten Blogs und Kommentare wurden in Chinesisch und andere Quellen wie Zeitungsartikel und Berichte in Englisch verfasst. Im ersten Abschnitt erörtere ich das Problem der gegenseitigen Ausgrenzung bzw. Schuldzuweisungen und die Debatte über Chinas Rolle in der Pandemie. Auf die fehlende Solidarität mit China und die demokratiepolitischen Konsequenzen der Pandemie gehe ich im zweiten Abschnitt ein. Der letzte Abschnitt befasst sich mit der Frage, was nach der Krise von dem gesellschaftskritischen Diskurs übrig bleibt bzw. inwieweit die Pandemie die Gesellschaft in ihren demokratischen Grundstrukturen verändert hat.

### Das fremdenfeindliche Virus

Bereits im Dezember 2019 gab es die ersten Blogs über eine neuartige Lungenkrankheit in der Provinz Hunan und Besorgnis darüber, dass mit Ausnahme Taiwans kein Land diese Meldungen ernst zu nehmen schien. Ein paar Wochen später waren es vor allem chinesische Blogger aus der Volksrepublik, die nicht nur das schleppende Vorgehen und die fehlende Transparenz ihrer eigenen Regierung bemängelten, sondern sich vermehrt Sorgen über etwaige Kollateralschäden und über ihre im Ausland lebenden Freunde und Familienmitglieder

machten, d.h. Sorgen darüber, dass sie Ziel rassistischer Angriffe werden könnten oder sie im Falle einer Erkrankung keine ausreichende medizinische Versorgung erhalten würden. Letzteres war vor allem nach dem Ausbruch in Italien nicht unbegründet, da die Lombardei und die Toskana die größte Konzentration chinesischer Migranten in Europa aufweisen. Die Fertigungsindustrie in Mailand und Umgebung als auch die Produktionsstätten der Modebranche in Prato sind fast ausschließlich in chinesischer Hand. Darüber hinaus stellen chinesische Migranten in einigen Orten der Lombardei die ethnische Mehrheit unter der Gesamtbevölkerung. Neben den legalen Migranten gibt es Schätzungen zufolge zwischen zwei- und dreihunderttausend illegale Arbeiter in den chinesischen Fabriken Norditaliens.<sup>1</sup>

Tatsächlich gab es kurze Zeit später eine Flut von Vlogs verzweifelter Menschen, die von Verfolgungen, Misshandlungen, physischen Bedrohungen und ihren Ängsten berichteten. Selbst in ihren beliebten Urlaubsdestinationen in Asien wurden chinesische Reisende zu *persona non gratae*. Thailändische Blogger boten Verbotstafeln in Chinesisch als kostenlosen Download an und in Südkorea folgte eine halbe Million User einem Aufruf im Internet und unterzeichneten eine Petition für eine sofortige Einreiseperrre chinesischer Touristen.<sup>2</sup> In den Internetforen war das chinesische Volk erbost darüber, dass ihre Mitbürger im Ausland aufgrund ihrer Herkunft diskriminiert und beschimpft wurden. Zu Hause war diese Solidarität jedoch nicht so ausgeprägt. In den sozialen Medien häuften sich Berichte von aus Wuhan stammenden Chinesen, die andernorts in China von ihren Mitbürgern noch viel schlechter behandelt wurden. Sie mussten nicht nur eine Reihe von Fragen erdulden – warum sie denn nicht in Wuhan geblieben seien oder wie sie nur so rücksichtslos Unheil über andere bringen konnten, etc. Gebrandmarkt als Virus fanden sie auch nicht selten die Eingangstüre ihrer Wohnung verschweißt bzw. vernagelt vor oder wurden Opfer physischer Gewalt – auch wenn sie schon eine Ewigkeit nicht mehr in Wuhan waren. Von dort zu stammen reichte aus, um in Ungnade zu fallen. Rassismus unter dem eigenen Volk.

Nach dem Lockdown waren es nicht mehr die Mitbürger aus Wuhan, sondern Menschen afrikanischer Herkunft, die Opfer diskriminierender Behandlungen

1 Tensions between Italians and Chinese migrants existed long before coronavirus, in: REMIX, 4.5.2020, <https://rmx.news/article/article/tensions-between-italians-and-chinese-migrants-existed-long-before-coronavirus> (1.6.2020).

2 South Koreans call in petition for Chinese to be barred over virus, in Reuters: 28.1.2020, <https://www.reuters.com/article/us-china-health-reaction-southkorea-idUSKBN1ZR0QJ> (1.7.2020).

wurden. In offiziellen Statements betonte die chinesische Regierung ihre Politik der Null-Toleranz gegenüber jeglicher Art von Rassismus. Genauso offiziell starteten im April 2020 die chinesischen Behörden in der südlichen Stadt Guangzhou (Provinz Guangdong), in der sich Chinas größte afrikanische Gemeinde befindet, eine groß angelegte Kampagne, um Afrikaner gewaltsam auf das Coronavirus zu testen und zur Selbstisolation zu zwingen – unabhängig von ihrer jüngsten Reisegeschichte oder bereits erfolgter Quarantäne. Auf Weibo und anderen sozialen Netzwerken verbreitete sich der Wunsch, jemand solle endlich «den schwarzen Müll von Guangzhou», d.h. eine halbe Million Menschen, entsorgen. Vermieter vertrieben kurzerhand afrikanische Bewohner. Geschäfte und Restaurants untersagten ihnen, ihre Lokale zu betreten. Hotels lehnten sie ebenfalls ab und so blieb vielen nichts anderes übrig, als auf der Straße zu schlafen. Diese Politik der Verfolgung und Ausgrenzung beschränkte sich jedoch nicht nur auf lokale Unternehmen. Betretungsverbot für Kunden schwarzer Hautfarbe und entsprechende Hinweisschilder gab es auch in den Restaurantbetrieben von McDonalds und in anderen internationalen Franchise-Unternehmen.<sup>3</sup>

China bemühte sich zwar um Schadensbegrenzung, nachdem die Afrikanische Union und mehrere afrikanische Länder sich bei der chinesischen Regierung beschwerten. Es waren aber die Aktionen der Zivilgesellschaft, die zu einer Verbesserung der Situation führten. So initiierte der Musiker und ugandische Präsidentschaftskandidat Bobi Wine eine Rückholaktion der unwillkommenen Bürger.<sup>4</sup> Es gab aber auch chinesische Solidarität mit den Diskriminierten. Vor allem junge Leute boten ihnen spontan Unterkunft und Verpflegung an. Beobachter vor Ort sahen den Grund für die Kampagne in der Furcht vor einer zweiten Ausbreitungswelle. Berichte von fünf auf Covid-positiv-getesteten nigerianischen Staatsbürgern und einem angeblich gewaltsamen Versuch eines Nigerianers der Quarantäne zu entkommen waren offiziell der Anlass für die drakonischen Maßnahmen.<sup>5</sup> Andere sehen hier strukturelle Probleme: Seit dem Ausbruch des neuartigen Coronavirus in China im Dezember ist die Block-für-Block-Bekämpfung

3 African nations berate china over Covid19-linked racism, in: Africa News, 20.5.2020, <https://www.africanews.com/2020/05/20/african-nations-berate-china-over-covid-19-linked-racism/> (22.5.2020).

4 Bobi Wine Offers to Airlift Mistreated Africans Out of China, in: okayafrica, 14.4.2020, <https://www.okayafrica.com/bobi-wine-neil-nelson-offer-to-airlift-evacuate-africans-in-china-coronavirus-outbreak/> (15.4.2020).

5 Yi waiji quezhen huanzhe zai yiyuan da fang hushi bei li xingshi anjian[Ausländischer Corona-Patient attackiert Krankenschwester], in: People's Government of Guangdong Province, 2.4.2020, [http://www.gd.gov.cn/gdywdt/zwzt/fkyq/gdxd/content/post\\_2963657.html](http://www.gd.gov.cn/gdywdt/zwzt/fkyq/gdxd/content/post_2963657.html) (20.6.2020).

der Epidemie auf die Basis des öffentlichen Dienstes gefallen, d.h. auf das sogenannte Nachbarschaftskomitee. Unter dem immensen Druck, ihren Vorgesetzten Ergebnisse zu liefern, setzen einige übereifrige Beamte auf überzogene Maßnahmen. Die rassistischen Aktionen seien Teil des gleichen Phänomens, wo Führungskräfte auf niedriger Ebene die Angelegenheit selbst in die Hand nehmen.<sup>6</sup>

Dennoch sehen viele Blogger die Schuld bei der Regierung, die die Hetzkampagnen im Netz aus strategischen Gründen duldet und es unterließ, übereifrige Beamte zurechtzuweisen. Politologen sehen das Ganze als Beispiel für Chinas Bemühungen, den Ursprung des Virus außerhalb der Staatsgrenzen zu positionieren. Die importierte zweite Welle half der Regierung, nun endlich die Schuld auf andere abzuschieben: Es seien die Schwarzen, die diese Krankheit nach China bringen würden. Zusätzlich gab es auch mehrere Berichte in staatlich kontrollierten Medien, die den Ursprung des Virus beim US-amerikanischen Militär bzw. in Italien orteten.<sup>7</sup>

Chinas Engagement als Spindoktor endet jedoch nicht an der Staatsgrenze: Waren es zu Beginn der Pandemie noch die Chinesen, so sind nun Touristen und Expats aus Europa und Nordamerika die Opfer xenophober Ausschweifungen in Thailand. Nicht nur der thailändische Gesundheitsminister persönlich, sondern auch mehrere Nachrichtenportale und Facebookseiten beschimpften sie als «Dreckstouristen». Es gab auch Aufrufe zur Gewalt gegen westliche Ausländer.<sup>8</sup> Kritische Blogger sehen den Anstieg rassistischer Angriffe in der sich verschlechternden Covid-Situation in den westlichen Ländern und in der steigenden Anzahl verbreiteter Falschnachrichten chinesischer Trolle sowie in der verstärkten Einflussnahme Chinas auf die thailändische Medienlandschaft begründet. Investigative Journalisten in Bangkok haben bereits vor einiger Zeit über die enge Zusammenarbeit zwischen den thailändischen Medien und Xinhua News Agency berichtet.<sup>9</sup> Auflagenstarke Zeitungen und populäre Fernsehkanäle hätten so einen Großteil ihrer Berichterstattung über das Coronavirus nach Peking ausge-

6 How foreigners, especially black people, became unwelcome in parts of China amid Covid crisis, in: abcNews, 29.4.2020, <https://abcnews.go.com/International/foreigners-black-people-unwelcome-parts-china-amid-covid/story?id=70182204> (30.4.2020).

7 Zhongguo jiazhang zhicheng wuhan feiyan shi meiguo toufang bingdu wanyou sha baoyan [Das Wuhan Virus ist US-amerikanischen Ursprungs], in: SETN, 22.1.2020, <https://www.setn.com/News.aspx?NewsID=677313> (20.5.2020).

8 Govt duty to curb virus hate crime, in: Bangkok Post, 12.4.2020, <https://www.bangkokpost.com/opinion/opinion/1897935/govt-duty-to-curb-virus-hate-crime> (15.4.2020).

9 Chinese Propaganda Finds a Thai Audience, in: Foreign Policy, 28.8.2019, <https://foreignpolicy.com/2019/08/28/chinese-propaganda-finds-a-thai-audience/> (20.6.2020).

lagert. Als Folge gebe es auch immer mehr Reportagen über die Vorzüge chinesischer und die vehementen Nachteile westlicher Touristen.<sup>10</sup> Ziel solcher Beiträge sei es, bewusst das Image Chinas zulasten des Westens zu verändern, so eine Analyse des Online-Nachrichtenportals *Thai Enquirer*.<sup>11</sup>

In diesem Zusammenhang hat sich China (sowie die Weltgesundheitsorganisation) seit Beginn der Pandemie auf internationaler Ebene dafür eingesetzt, dass die Welt nicht vom Wuhan-Virus oder gar vom China-Virus spricht, da solche Bezeichnungen rassistisch wären. Ähnliche Instruktionen gab es im Jahre 2002, als die Covid-Vorgängerin in China ausbrach. Offiziell galt es hier vom Schweren-Akuten-Respiratorischen-Syndrom (SARS) zu sprechen. Von einer chinesischen Lungenkrankheit zu reden, war auch damals nach Darstellung der Weltgesundheitsorganisation und Chinas unangebracht. Dazwischen gab es allerdings noch den Ausbruch eines bisher unbekanntes Virus mit der vorübergehenden Bezeichnung Novel-Coronavirus-2012. Der offizielle Name lautete nach kurzer Zeit allerdings nicht so, sondern Middle-East-Respiratory-Syndrome-Coronavirus (MERS-Cov). Im August 2018 brach dann auch noch die Afrikanische Schweinepest in China aus. In beiden Fällen gab es keinerlei Bedenken bezüglich der Namensgebung. Noch heute sind diese «rassistischen» Bezeichnungen in offiziellen Dokumenten der chinesischen Regierung zu finden, was die Frage aufwirft, ob hier nicht zugunsten Chinas unter dem Vorwand der politischen Korrektheit gehandelt wurde.

Der chinesisch-malaysische Hip-Hop-Künstler, Filmemacher und Schauspieler Namewee äußerte sich auf seinem YouTube-Kanal vielfach kritisch gegenüber dem allgemeinen Diskurs über das Virus aus Wuhan. In einer zehnmündigen Videonachricht auf YouTube verwarf er die Forderung Chinas und der Weltgesundheitsorganisation, Wuhan aus der Geschichte zu verbannen, als revisionistische Geschichtsschreibung.<sup>12</sup> Ende der 1990er-Jahre, so Namewee, kam es in seinem Heimatland Malaysia zum Ausbruch einer tödlichen Virusinfektion in der Ortschaft Sungai Nipah. Seither spricht man vom Nipah-Virus, ohne dabei an

10 Why the Chinese are more important than Western tourists to Thailand, in: The Thaiger, 14.9.2019, <https://thethaiger.com/news/opinion/why-the-chinese-are-infinitely-more-important-than-western-tourists-to-thailand> (20.6.2020).

11 Thai media is outsourcing much of its coronavirus coverage to Beijing and that's just the start, in: Thai Enquirer, 31.1.2020, <https://www.thaienquirer.com/7301/thai-media-is-outsourcing-much-of-its-coronavirus-coverage-to-beijing-and-thats-just-the-start/> (1.6.2020).

12 Namewee, Wuhan feiyan mingzi buneng gai de yuanyin [Warum wir den Wuhan Virus nicht umbenennen dürfen], 30.3.2020, <https://youtu.be/KCnJNHNGMRk> (30.3.2020).

Diskriminierung oder gar Rassismus zu denken. Aus Sungai Nipah zu stammen sei nichts Negatives. Heute das Nipah-Virus in der Öffentlichkeit zu erwähnen, bedeute eine kollektive Vergangenheit zu besitzen, sich an die tragischen Ereignisse von damals, die begangenen Fehler in der Bekämpfung und die daraus resultierenden Präventivmaßnahmen zu erinnern.

Marburg, Ebola sowie die Japanische Enzephalitis seien weitere Beispiele für den historischen Bezug infektiöser Krankheiten. Die Bezeichnung Wuhan-Virus sei daher keineswegs rassistisch, sondern ebenfalls Teil einer kollektiven Vergangenheit. Der erste Ausbruch dieser ansteckenden Krankheit mit katastrophalen globalen Folgen ereignete sich schließlich in Wuhan. Wuhan aus der Geschichte zu verbannen würde bedeuten, die Menschheit ihrer Erinnerungen an die Stunden der Verzweiflung, Trauer und Wut zu berauben. Wuhan, so erklärt Namewee, sei Teil einer kollektiven Vergangenheitsbewältigung, die nicht an den Grenzen Chinas ende. Die Pandemie betreffe uns alle. Namewee verwehrt China und der Weltgesundheitsorganisation daher den Anspruch darauf, den Prozess der kollektiven Vergangenheitsbewältigung zu unterbinden. Die chinesische Regierung möge das Recht haben, den Bürgern der Volksrepublik China dies zu verbieten, aber sie habe keine Staatshoheit über andere Länder. Nicht die Meinung Chinas zu vertreten sei weder ein Verbrechen noch rassistisch, sondern unabdingliches Recht in einer demokratischen Wertegesellschaft. Vietnamesische Pho-Nudeln oder thailändische Tom-Yum-Suppe nicht zu mögen, bedeute keineswegs gegen das vietnamesische bzw. thailändische Volk oder gar Rassist zu sein.

In diesem Zusammenhang zeigt Namewee kein Verständnis für den Chef der Weltgesundheitsorganisation, der keinerlei Kritik am Krisenmanagement seiner Organisation dulde und anstatt einer selbstkritischen Analyse seines Führungsstils Kritiker verbal attackiere und sie als Rassisten bezeichne. De facto kümmerge es jedoch niemanden, woher er stamme. Wie auch anderen Bloggern erzürnt es Namewee aber, dass der Chef der Weltgesundheitsorganisation wochenlang die Gefahren, die vom Virus und der chinesischen Politik der Verschwiegenheit ausgehen, herunterspielte und bis heute viel Lob für China übrig hat.

Die Weltgesundheitsorganisation selbst werbe dafür, dass für sie die gesundheitlichen Interessen der Menschen an erster Stelle stünden, ihre Maßnahmen und Empfehlungen unabhängig und ihre Entscheidungen fair, transparent und zeitnah seien. In der Realität verfolge die Organisation aber bloß chinesische Interessen und solle daher in China-Health-Organisation unbenannt werden, so der stellvertretende japanische Regierungschef Taro Aso in einer offiziellen Stellungnahme. Die Empfehlung der Weltgesundheitsorganisation, die Grenzen nicht zu schließen und den internationalen Flugverkehr nicht einzuschränken, sei nicht unter Rücksichtnahme gesundheitspolitischer Aspekte verabschiedet

worden, sondern um chinesische Interessen zu wahren.<sup>13</sup> Offiziell heißt es vonseiten der Weltgesundheitsorganisation, dass diese Entscheidung getroffen wurde, um nicht der Weltwirtschaft zu schaden. Dazu meinten einige verärgerte südkoreanische und taiwanische Blogger: Es wäre so, als suchte ein Kettenraucher einen Arzt auf und erhalte den Ratschlag weiter zu rauchen, um die wirtschaftliche Entwicklung der Tabakindustrie und die Steuereinnahmen des Staates nicht zu gefährden. Aufgabe der Weltgesundheitsorganisation wäre es jedoch gewesen, die gesundheitlichen Interessen der Menschen zu wahren. Das Abwägen etwaiger wirtschaftlicher und anderer Konsequenzen sollte eigentlich Aufgabe der Politik und Gegenstand des gesellschaftlichen Diskurses sein.

### Solidarität mit China?

Es gab auch Stimmen aus dem Westen, die die Welt zur Solidarität mit China aufforderten. In seinem *Traum von Wuhan* kommt der slowenische Philosoph Slavoj Žižek zu dem Schluss, dass die Welt, anstatt den beschämenden Akt der «Quarantäne der Chinesen» zu verfolgen, «uneingeschränkte Solidarität» zeigen und einen «global koordinierten Rettungsplan» erarbeiten solle.<sup>14</sup> Unter den Bloggern gab es zwar Sympathie und Solidarität für die von Žižek beschriebenen «schmutzigen alten chinesischen Frauen in Wuhan», die «lebende Schlangen häuten und Fledermaussuppe schlürfen», aber keine für die Regierung in Peking. Ein global koordinierter Rettungsplan verlange Offenheit und Transparenz. Chinas Politik der Unterdrückung und strafrechtlichen Verfolgung aller Whistleblower erfülle nun einmal keine der beiden Voraussetzungen. Statt einer sinnvollen Zusammenarbeit sehen sich die Kritiker bestenfalls an den stupiden Leitsatz des früheren US-amerikanischen Präsidenten George W. Bush erinnert: «You are either with us or against us.» Anstelle von Transparenz gebe es lediglich eine Black-Box umhüllt mit transparenten, bedeutungslosen Statements des Regierungssprechers. Mit der chinesischen Politik des kommunikativen Schweigens lasse sich schwer eine konstruktive Zusammenarbeit auf globaler Ebene gestalten, so der Tenor sozialkritischer Medien in der chinesischen Diaspora.

Aber hier beginnt wahrscheinlich Žižeks «situationistischer» Traum von Wu-

<sup>13</sup> The Chinese Health Organization? In: The Japan Times, 29.4.2020, <https://www.japantimes.co.jp/opinion/2020/04/29/commentary/world-commentary/chinese-health-organization/#.XxQSouf-uUI> (1.6.2020).

<sup>14</sup> Slavoj Žižek, My Dream of Wuhan, in: Welt, 22.1.2020, <https://www.welt.de/kultur/article205630967/Slavoj-Zizek-My-Dream-of-Wuhan.html> (2.2.2020).

han tatsächlich Sinn zu machen: Žižek hegt die Hoffnung, dass die Bürger von Wuhan die Totzeit des Lockdowns in Momente des Rückzugs und Nachdenkens über sich selbst und den Sinn der prekären Lage verwandeln und dieser Prozess schließlich zu unerwarteten positiven politischen Entwicklungen führt. In den sozialen Medien sieht man diese Entwicklung zeitlich begrenzt: Insbesondere zu Beginn des Ausbruchs wurden zwar die schleppenden behördlichen Maßnahmen öffentlich angeprangert. Nach dem Tod des ersten Whistleblowers Anfang Februar und der darauffolgenden nationalen Empörung über die staatlich gelenkte Vertuschung verstärkten die Behörden jedoch die Zensur von Posts und Meldungen über das Virus. Žižeks Traum von einem emanzipierenden chinesischen Volk wird wohl als solcher in die Geschichte eingehen müssen. Berichte über chaotische Zustände und exorbitante Opferzahlen in anderen Ländern stellen der chinesischen Regierung nun mal kein schlechtes Zeugnis aus.

Der in Hongkong lebende Politologe Brian Fong sieht in einem Beitrag für das Online-Magazin *The Diplomat* die anhaltende Covid-Bekämpfung, den Handelskrieg mit den USA und die daraus schwächelnde Wirtschaft als Gründe für Chinas wachsenden Nationalismus und Machtstreben in der Peripherie.<sup>15</sup> Die Verabschiedung eines neuen Sicherheitsgesetzes für Hongkong und die vermehrten Verletzungen des taiwanesischen Luftraumes seien in diesem Zusammenhang zu sehen und Beispiele für die steigende Gewaltbereitschaft Chinas in der Umsetzung nationalistischer Vorhaben. (Die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Indien und China im Grenzstreit um ein umstrittenes Gebiet in der nordwestindischen Region Ladakh Mitte Juni könnte man in diesem Zusammenhang als weiteres Beispiel anführen). Insbesondere das Sicherheitsgesetz beende sowohl Hongkongs Funktion als geopolitische Pufferzone als auch den historischen Pragmatismus zwischen China und dem Westen. Mit dem Gesetz erkläre Peking Hongkong zum Ground Zero eines neuen Kalten Krieges. Keine gute Nachricht für Hongkongs Demokratie, die sich in Zukunft mehr denn je als Opfer repressiver paramilitärischer Polizeieinheiten wiederfinden werde, so der Politologe. Nicht zuletzt auch deshalb, weil das neue Gesetz auch die strafrechtliche Verfolgung von Personen, die sich auf fremden Boden kritisch gegenüber Chinas Politik des Irredentismus äußern, zulässt.

<sup>15</sup> Brian C.H. Fong, Hong Kong Is Becoming Ground Zero in the New Cold War, in: *The Diplomat*, 25.5.2020, <https://thediplomat.com/2020/05/hong-kong-is-becoming-ground-zero-in-the-new-cold-war/> (1.6.2020). Siehe auch: Jiayang Fan, Amid the Pandemic, Is Hong Kong Facing a Different Kind of Death? In: *The New Yorker*, 27.5.2020, <https://www.newyorker.com/news/daily-comment/amid-the-pandemic-is-hong-kong-facing-a-different-kind-of-death?> (28.5.2020).

Blogger in der chinesischen Diaspora äußerten sich ebenfalls besorgt über die negativen Auswirkungen der Pandemie auf die Meinungsfreiheit innerhalb Chinas, verurteilen die aggressive Politik Pekings und zeigen sich über das Freiheits- und Rechtsverständnis in den hochentwickelten Industriestaaten Europas und Nordamerikas verwundert. In China und anderen autoritären Staaten Asiens gebe es eine Welle der Unterdrückung vonseiten staatlicher Akteure. Im Westen hingegen herrsche Chaos bzw. Unterdrückung verursacht durch (teils bewaffnete) Konfrontationen zwischen staatlichen Institutionen, Amtsträgern und Bürgern.

Chinesische Blogger verstehen die Aufregung des Westens nicht: Staatspräsident Xi Jinping liebe genauso wie alle Staatsoberhäupter sein Land. Die Behauptung, dass Wirtschaftsinteressen die Coronapolitik Chinas bestimmen, sei schlichtweg falsch. Die Realität zeige, dass nicht China, sondern die demokratischen Länder des Westens dem Neoliberalismus verfallen seien und daher wirtschaftliche Interessen in der Coronabekämpfung in den Vordergrund stellen würden. Amerika und Europa seien Opfer eines neugefundenen Heldentums. Donald Trump, Boris Johnson und Jair Bolsonaro würden sich als die Retter des nationalen Stolzes präsentieren und einen dramatischen Hang zur Selbstverherrlichung und zum Darwinismus besitzen. Blogger in Hongkong und Taiwan beklagen hingegen den existierenden «horse-race journalism» in der täglichen Berichterstattung. In Europa und Amerika würden die Regierungen untereinander mit ihren hervorragenden Ergebnissen in der Coronabekämpfung prahlen. Schweden sei zum Beispiel besonders stolz darauf ohne Lockdown nur 5.000 Tote beklagen zu müssen, etc.

Der Angriff von Amtsinhabern auf staatliche Institutionen und Medienvertretern in den USA, Großbritannien und Brasilien sorgt für Unverständnis in den sozialen Foren. Corona als «kleine Grippe» abzutun, sich zu weigern in der Öffentlichkeit Gesichtsmasken zu tragen und die Bevölkerung zum zivilen Ungehorsam oder gar zum bewaffneten Widerstand zu ermutigen sei unverantwortlich und rücksichtslos. Wenn bewaffnete Demonstranten während Protestaktionen gegen die Ausgangsbeschränkungen in ein Parlamentsgebäude eindringen, tausende Menschen trotz Pandemie die Strände füllen und im südünglischen Badeort Bournemouth 33 Tonnen Müll zurücklassen, dann mag dies eine Art Freiheit darstellen, aber wollen wir wirklich in einem Land leben, fragen sich einige Blogger und User, in dem Freiheit bedeutet grenzenlos zu feiern, die Strände mit Bierflaschen und sonstigen Müll zu übersäen, schwerbewaffnet und grölend durch die Straßen zu ziehen und Andersdenkende zu beschimpfen oder gar zu bedrohen. Die generelle Ansicht in den Foren ist hier, dass eine freie Gesellschaft im Sinne der westlichen Demonstranten auf der Freiheit einzelner auf Kosten anderer

beruht. Sie sei daher weder eine gerechte noch eine demokratische Gesellschaft, sondern tendenziell Vorstufe zum Faschismus. Freiheit und Gerechtigkeit seien dialektische Begriffe und es sei Aufgabe einer demokratischen Gesellschaft die Balance zu finden, so der Tenor der taiwanesischen Blogger und User.

Außerdem sei der Staat verpflichtet, Leben zu schützen. Berichte aus Europa und Amerika, wo Amtsträger dieser Verpflichtung bewusst zu entkommen versuchen, stoßen hier auf breite Ablehnung. Am meisten schockierte die Blogger und User das britische Konzept der Herdenimmunität. Eine Welle von bedrückenden Tweets und Posts von in England lebenden Expats aus Taiwan und Südkorea entfachte eine breite Diskussion über die kulturellen Unterschiede in der Bekämpfung der Pandemie.<sup>16</sup> Der rasante Anstieg der Covid-Fälle unter den Gastarbeitern in Singapur warf jedoch die störende Frage auf, ob diese Pflicht sich nur auf Staatsbürger beziehe bzw. was wir denn bloß mit den Fremden während einer Pandemie in unserem Staate machen sollen. (Fast neun von zehn Covid-Infizierten in Singapur sind unter den Gastarbeitern zu finden.) Zuerst wurde die Ursache bei der mangelnden Hygiene der aus fremden Kulturen stammenden Arbeiter gesucht. Doch bald mussten die Regierung und die Bevölkerung eingestehen, dass es sich hier um einen systembedingten Ausbruch handelt.<sup>17</sup> Letztendlich ging jedoch die Frage nach den Rechten der Fremden in der Diskussion unter.

Im Juni erreichte die zweite Infektionswelle ihren Höhepunkt in China trotz der rigorosen Ausgrenzung der aus Afrika stammenden Migranten. Der Ursprung war auch dieses Mal nirgendwo anders als auf einem Großmarkt. In den sozialen Medien bloggten Anrainer nahe des Xinfadi Marktes eifrig über dutzende Fälle von Neuinfektionen und behördlichen Beschlagnahmungen kontaminierter Meeresprodukte und Küchenutensilien. Blogger in Taiwan und Südkorea diskutierten daraufhin über die Rolle der Lebensmittelsicherheit in der Vermeidung von Pandemien. Der offene Brief des britischen Starkochs Jamie Oliver an Boris Johnson wurde in diesem Zusammenhang oft zitiert und lenkte den Diskurs auf die allgemeine Problematik der Lebensmittelindustrie in modernen Gesellschaften.

<sup>16</sup> Laogong dele wuhan feiyan? Yige jiadao yingguo de Taiwan taitai: wo de qinshen tiyan Covid-19 jiance [Hat mein Mann Corona? Die persönlichen Erfahrungen einer taiwanesischen Ehefrau in England] , 16.3.2020, ( <https://www.businesstoday.com.tw/article/category/80392/post/202003160005/> 20.06.

<sup>17</sup> Catherine James, Singapore must rethink how it treats migrant workers. In: Nikkei Asian Review, 8.5.2020, <https://asia.nikkei.com/Opinion/Singapore-must-rethink-how-it-treats-migrant-workers> (9.5.2020).

## Was übrigbleibt ...

Der vorliegende Querschnitt durch den ostasiatischen Diskurs zeigt, dass politische, institutionelle als auch gesellschaftliche Schwächen in Krisensituation den allgemeinen Diskurs dominieren. Insbesondere fehlende Transparenz und politischer Opportunismus verstärken Existenzängste in der Bevölkerung, polarisieren die Gesellschaft und führen in weiterer Folge zu Rassismus, Ausgrenzung und dem Verfall rechtsstaatlicher und demokratischer Prinzipien. Die Frage ist nun: Was wird nach der Krise übrigbleiben von diesem Diskurs bzw. inwieweit hat die Pandemie die Gesellschaft in ihren Grundstrukturen verändert?

Die Pandemie hat im Grunde genommen lediglich bereits bestehende Entwicklungsprozesse beschleunigt bzw. offenbart. In den Demokratien Ostasiens hat der allgemeine Diskurs über das Virus und seine Folgen die Bevölkerung in ihren demokratischen Werten gestärkt und das Bewusstsein gefördert, dass es Aufgabe des Staates sei, Leben zu schützen ohne dabei auf Rechtsstaatlichkeit, Transparenz und den öffentlichen Diskurs zu verzichten. Ein völlig anderes Bild zeigt sich in den autoritären Staaten der Region. Vor allem in China setzen die anhaltende Pandemie, der Handelskrieg mit den USA und die daraus schwächelnde Wirtschaft die autoritäre Regierung in Peking unter Druck. Nationalistische Propaganda im In- und Ausland, erweiterte Einschränkungen der Menschenrechte, verschärftes Vorgehen gegen die Demokratiebewegung in Hongkong und zunehmend aggressive grenzüberschreitende Maßnahmen zur Umsetzung innerstaatlichen Rechts auf fremden Boden sind einige der daraus resultierenden negativen Folgen. Die Coronakrise hat nicht nur Chinas wachsende Einflussnahme auf die Politik globaler Akteure und Institutionen verdeutlicht, sondern auch die strukturellen Probleme zwischenstaatlicher Zusammenarbeit aufgezeigt. Insbesondere die Weltgesundheitsorganisation hat es verabsäumt, federführend in der Prävention und Bekämpfung zu agieren. Ihre ursprünglichen Empfehlungen standen im krassen Widerspruch zu den angewandten Methoden effektiver Covid-Bekämpfung in Asien, verunsicherten die Weltgemeinschaft und führten de facto dazu, dass Staaten in der Formulierung gezielter Maßnahmen auf sich selbst gestellt waren.

Der Umgang mit der Pandemie ist auch Beweis dafür, dass Sicherheit nach wie vor Staatssicherheit und Sicherung der Wirtschaftsfaktoren bedeutet, obwohl das Konzept «menschliche Sicherheit» (human security) ab der zweiten Hälfte der 90er-Jahre in akademischen und politischen Diskursen viel Aufmerksamkeit erfahren hat. Die Krise hat jedoch gezeigt, dass weitgehend kein Umdenken im Hinblick auf das Referenzobjekt von sicherheitspolitischen Überlegungen zu sehen ist. Das dominierende Sicherheitskonzept ist immer noch staatszentriert

und bezieht sich auf Aspekte wie die territoriale Integrität, staatliche Souveränität und die Fähigkeit, den Staat als Institution zu schützen. Letzteres kann – in Demokratien als auch in autoritären Staaten – langfristig nur zur Unterdrückung der öffentlichen Meinung und zur Gewalt gegen Bürger durch in Kriegermentalität verfallene Staatsorgane führen. Bilder von Polizisten im Kriegeroutfit mit modernsten Waffen im Kampf gegen demonstrierende Bürger, einerseits, und Bilder von völlig erschöpftem Krankenhauspersonal mit aus Müllsäcken gefertigter Schutzausrüstung im Kampf gegen das Virus, andererseits, visualisieren diesen fundamentalen Gegensatz sicherheitspolitischer Überlegungen.